

**A N F R A G E** von Willy Germann (CVP, Winterthur) Peter Reinhard (EVP, Kloten)  
Thomas Maier (GLP, Dübendorf)

betreffend Stellungnahme des Kantons zu den Betriebsvarianten am Flughafen

---

Die Volkswirtschaftsdirektion lud alle Bezirke ein, Stellung zu nehmen zu den 19 Betriebsvarianten am Flughafen Zürich. Bevölkerungstarke Bezirke, die vom Fluglärm nicht betroffen sind oder durch Pistenausbauten von Fluglärm entlastet würden, befürworten gemäss Communiqué der Volkswirtschaftsdirektion eine nachfrageorientierte Entwicklung des Flughafens. Diese würde jeglicher Plafonierung widersprechen und Pistenausbauten präjudizieren. Dadurch würde ein Lärmverteilkampf innerhalb des Kantons ausgelöst. Die vom Fluglärm betroffenen Bezirke würden überstimmt.

Zudem widerspricht die Stellungnahme dieser Bezirke dem Willen des Kantonsrates, der dank eines Pistenmoratoriums keinerlei Präjudiz schaffen will. Sie widerspricht vielen Gemeinden, die eine Behördeninitiative unterstützt haben. Sie widerspricht der einhelligen Meinung der 24 Behörden- und Bürgerorganisationen am Info-Forum. Und schliesslich widerspricht sie dem Beschluss des Regierungsrates, Betriebsvarianten mit Pistenausbauten abzulehnen.

Wir fragen deshalb den Regierungsrat an:

1. Wie repräsentativ sind die Stellungnahmen der Bezirke? Wie verlief die bezirksinterne Vernehmlassung? Welche Gremien haben Stellung genommen? Zu welchen Fragen?
2. Warum nahm die Volkswirtschaftsdirektion eine Gewichtung der Stellungnahmen nach Bevölkerungszahl und nicht eine solche nach Flughafennähe und Lärmimmissionen vor?
3. Warum wurden zwei Bezirke, die sich in erster Priorität für Betriebsvarianten ohne Pistenverlängerung aussprachen, zu jenen geschlagen, die Pistenverlängerungen befürworteten? (s. Landbote, 9. Juni 2007)
4. Widerspricht eine nachfrageorientierte Entwicklung des Flughafens nicht jeglicher Plafonierung und indirekt selbst dem Gegenvorschlag des Kantonsrates, allenfalls sogar dem ZFI?
5. Wie soll «dem Bedürfnis der Bevölkerung nach Begrenzung der Lärmbelastung Rechnung getragen werden» (Zit. Medienmitteilung der Volkswirtschaftsdirektion), wenn gleichzeitig Pistenausbauten und eine nachfrageorientierte Entwicklung ohne Plafonierung verlangt werden?
6. Wie gewichtet die Volkswirtschaftsdirektion das nicht über alle Zweifel erhabene Vernehmlassungsergebnis der Bezirke gegenüber dem Moratorium des Kantonsrates, dem Beschluss des Regierungsrates vom Dezember 2006 sowie der einhelligen Meinung der 24 Behörden- und Bürgerorganisationen, auf Pistenausbauten zu verzichten?

7. Welche Position vertritt die Volkswirtschaftsdirektorin am 6. Juli am zweiten Koordinationsgespräch zum SIL in Bern?

Willy Germann  
Peter Reinhard  
Thomas Maier